

Bischof Prof. Dr. Martin Hein, Kassel

„Glaube und Politik: Was das eine mit dem anderen zu tun hat“

Tischrede beim Heidelberger Luthermahl in der Peterskirche am 23. April 2017.

1. Einführung: Die Aktualität der Fragestellung

Weltweite Migrationen, die Fragen der Umweltpolitik und des Klimawandels, die Armutsbekämpfung und die Eindämmung von militärischen Konflikten stehen gegenwärtig oben auf der politischen Agenda und führen uns in Deutschland durch die Globalisierung in ganz neue Dimensionen einer unmittelbaren Betroffenheit. Der Hunger in Zentralafrika, der Krieg in Syrien, die beunruhigenden Wetterdaten aus der Antarktis sind keine regionalen Probleme mehr – sie erreichen unseren Alltag, und zwar nicht nur als Nachrichten, sondern auch als Preissteigerungen für Rohstoffe, als Aufrufe zu Spenden und solidarischem Handeln und als Konfliktstoff bis hinein in die Kommunalpolitik, die Familien und Freundeskreise.

Es sind alles eminent politische Fragen, die sich nur politisch lösen lassen. Sobald wir uns als Kirchen in welcher Weise auch immer dazu positionieren, agieren wir politisch – selbst dann, wenn das gar nicht die Intention ist. In einer freiheitlichen Demokratie kann man nicht nicht-politisch sein, weil es um die Polis geht. Um nur ein Beispiel zu nennen: Wer sich in der Flüchtlingshilfe engagiert, gibt unweigerlich ein politisches Statement ab.

Politik und öffentliche Diskussion reagieren darauf in unterschiedlicher Weise. Gerade rechtspopulistische oder zumindest an konservativen Politikmodellen orientierte Bewegungen stehen dem Anspruch etablierter Religionen auf politisch-gesellschaftliche Mitgestaltung eher kritisch gegenüber, und das betrifft keineswegs nur das Verhältnis zum Islam.

Auf der anderen Seite gab Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble im vergangenen Jahr – interessanterweise in einer theologischen Zeitschrift – ein klares Statement für die Beteiligung der Kirchen an der politischen Willensbildung

ab, wenn er schrieb: „Ein starker und selbstbewusster Protestantismus ist für die deutsche Demokratie von großer Bedeutung.“¹

Während es bei der Frage der Energiewende, des assistierten Suizids oder der Anwendung der Gentechnologie nicht allen sofort einleuchten mag, dass dies Themen sind, mit denen sich die Kirche zu befassen habe, liegt es bei der Flüchtlingsfrage auf der Hand: Die biblischen Aussagen, dass die Zuwendung zu geflüchteten Menschen eine elementar gebotene humanitäre Tat sei, fordern unser Handeln unmittelbar heraus.

Es waren eben auch die beiden großen Kirchen in Deutschland, die sich von Anfang an für eine weitherzige, schnelle, an direkter Hilfe orientierte Politik ausgesprochen haben – nicht immer zur Freude derer, die eher protektionistische Positionen vertreten, und innerkirchlich keineswegs unumstritten. Aber auch ein Schweigen der Kirche wäre politisch, wenn denn Politik in einem freiheitlich-demokratischen Gemeinwesen ein Anliegen aller Bürgerinnen und Bürger ist. Kirchliches Engagement versteht sich immer auch als bürgerschaftliches Engagement.

Ist die Frage, ob die Kirche politisch sein darf, also von vornherein falsch gestellt? *Muss* sie nicht sogar politisch sein? Und wenn ja, muss Politik dann – provozierend gefragt – christlich begründet sein? Ich erinnere immerhin daran, dass der ungarische Präsident Orbán die Politik der Grenzziehung nicht nur mit dem Bezug auf das Schengen-Abkommen begründete, sondern seine harsche Haltung gegenüber den muslimischen Flüchtlingen mit dem Hinweis auf die christliche Identität Ungarns und Europas zu legitimieren suchte.

Gleichzeitig begegnen wir einem politischen Islam, der – so scheint es jedenfalls – die uns vertraute Unterscheidung von Religion und Politik gar nicht erst zulässt. Und diese Haltung erleben wir als ein massives Kommunikationshindernis, das in unserer säkularen Gesellschaft Ratlosigkeit hinterlässt.

¹ W. Schäuble, Das Reformationsjubiläum 2017 und die Politik in Deutschland und Europa, in: Pastoraltheologie 105 (2016), 44-53; jetzt auch als eigenständige Publikation: Ders., Protestantismus und Politik, München, 2017.

Die Frage nach dem Verhältnis Kirche bzw. Glaube und Politik ist also weder nur historisch noch bloß theoretisch. Es steht außer Zweifel, dass viele Menschen – und zwar sowohl in Europa als auch in den Staaten, die keine christliche Tradition haben – von den Kirchen einiges erwarten, und zwar letztlich etwas unmittelbar Politisches: nämlich dass sie für die Schwachen eintreten und den Staat an seine humanitäre Verpflichtung erinnern, zugleich aber auch selbst, soweit es geht, tätig werden.

Doch zugleich wird eben deshalb den Kirchen – jüngst wieder sehr prominent von dem Soziologen Hans Joas² – vorgeworfen, zu reinen Moralagenturen zu verkommen.

Es ist also angezeigt, sich über das Verhältnis von Kirche und Politik grundsätzlich Gedanken zu machen und den Raum des allzu Konkreten für einen Moment zu verlassen.

Wenn wir die Frage nach Kirche und Politik erweitern auf die Frage des Verhältnisses von Religion und Politik, bekommt sie noch ein anderes Gewicht: Denn gerade der Islam ist eine zutiefst politische Religion, er ist vielleicht von den großen Religionen die politischste, und das ist es, was vielen Menschen Sorge bereitet. Denn es gehört zum Wesen der europäischen – oder sagen wir besser der westeuropäischen – Politik der letzten hundert Jahre, die Bereiche Kirche und Staat, Religion und Politik zu unterscheiden: eine Unterscheidung, die für den Islam schwer nachvollziehbar ist.

Diesen europäischen Umgang mit Religion zu lernen und ihn gestalterisch auch für die muslimischen Menschen unter uns plausibel zu machen, wird eine der großen Bildungs- und Integrationsaufgaben sein, die vor uns liegen. Doch dafür müssen wir uns deutlicher positionieren und viele liebgewordene Unschärfen und Selbstwidersprüche genauer unter die Lupe nehmen.

2. Religion und Politik: Thesen

² Kirche als Moralagentur?, München 2016.

Ich stelle vier Thesen über die historische Entwicklung in unserem abendländischen Kulturkreis voran, die zeigen, dass eine einfache Antwort oder eine einfache Zuordnung nicht möglich sind. Weder der Satz „Religion und Politik sind zwei getrennte Bereiche“ noch die Aussage „Religion und Politik gehören aufs Engste zusammen“ treffen zu. Das Verhältnis ist komplexer, als dass es eine einfache 1:1-Zuordnung erlaubte.

Jede der vier Thesen wird für sich sofort einleuchten, aber sie stehen in einem paradoxen Verhältnis: Sie fassen zusammen, wie sich das Verhältnis rückblickend darstellt – und mit welchem Erbe wir umgehen müssen, wenn wir das Verhältnis von Kirche und Politik gegenwärtig bestimmen wollen. Das Ergebnis ist daher weniger eine klare Definition beider Bereiche, sondern eher eine Matrix, die die jeweiligen Übergänge beschreibt.

Allerdings: Wir können die Frage „Kirche und Politik“ nur noch unter einer europäischen, die Frage „Religion und Politik“ nur noch unter einer globalen Perspektive sehen! Und wir müssen immer die Pluralform verwenden, wenn wir den Phänomenen gerecht werden wollen: die Kirchen und die Politik, die Religionen und die Politik.

Nun die vier Thesen, die unser abendländisches Erbe beschreiben:

- Religion war immer auch Kritik an der Politik, insofern der Hinweis auf die Macht der Götter oder des einen Gottes die Macht der Mächtigen einschränkte. Dadurch bleibt Religion stets der natürliche Feind all jener Formen von Macht, die Totalitätsansprüche erheben.
- Religion war aber auch Stütze der Politik, insofern sie die Macht der Herrschenden göttlich legitimierte oder verklärte und sich oft genug missbrauchen ließ, um weltliche Herrschaftsansprüche durchzusetzen.
- Politik war immer auch Kritik an der Religion, insofern sie gerade deren umfassenden Anspruch abwehrte und die Religion in den Bereich des Moralischen

oder der „Werte“ verwies, ihr also höchstens eine beratende Funktion zugestand.

- Politik war aber auch eine problematische Stütze der Religion, insofern die Religion ihre Dienste bereitwillig in Anspruch nahm und die Politik die Religion ihrerseits mit weltlicher Macht ausstattete.

In diesem Spannungsfeld befinden sich die evangelische und die katholische Kirche als Vertreterinnen der christlichen Religion immer noch. Allerdings unter veränderten Vorzeichen: Es geht nicht einfach mehr um „Kirche *und* Staat“, wenn über das Verhältnis von Kirchen und Politik geredet wird. Denn in einem demokratischen Gemeinwesen ist Politik nicht auf den Staat und die Staatlichkeit begrenzt. Wir haben gelernt, Staat und Gesellschaft zu unterscheiden, und diese Unterscheidung ist wichtig, weil über den Begriff „Gesellschaft“ das einzelne Individuum in den Blick kommt. Das aber ist nötig, weil Religion – und daher auch Kircheng Zugehörigkeit und Frömmigkeit – in den letzten Jahren immer mehr ein privates Thema geworden ist und die Frage, ob die Kirchen sich politisch engagieren sollen oder die Politik die Kirchen in den politischen Diskurs einbeziehen soll, oft mit dem Hinweis abgewehrt wird, Religion sei Privatsache. Das ist durchaus eine neue Perspektive: Es zeigt sich, dass sich die Kirchen von einer Institution zu einer Organisation wandeln! Es wird ihnen keine exklusive oder privilegierte Funktion beim Finden von Orientierungen und Normen mehr zugerechnet. Sie stehen vor der Herausforderung – wie viele andere gesellschaftliche Organisationen auch –, darum werben zu müssen, gehört zu werden und ihre Position plausibel machen.

Auch wenn die Kirchen in Deutschland heute noch in vielen gesellschaftlichen Institutionen vertreten sind, stellen sie also keine fraglose Autorität dar, sondern eine Stimme unter vielen. Sie müssen das, was sie sagen, argumentativ stützen, und auch den Anspruch, mit dem sie sprechen, immer wieder neu geltend machen. Der Maßstab sind nicht mehr einfach Bibel und Tradition, sondern ist deren Einklang mit den Menschenrechten!

Nun sind die Menschenrechte, wie wir sie in unserer westlichen Tradition formulieren, ein Produkt der Aufklärung. Freiheit im modernen Verständnis, Selbstbestimmung und Freizügigkeit sind keine unmittelbar christlichen, noch weniger unmittelbar biblischen Begriffe. Aber sie leiten sich aus einer Tradition christlicher Theologie her, die es uns doch erlaubt, daran anzuknüpfen und uns in ein positives Verhältnis zu ihnen zu setzen. Sie sind die weltlichen Ausformulierungen eines biblisch-neutestamentlichen Ethos.

3. Der Auftrag der Kirchen

Was heißt das nun? Kirchen haben einen Auftrag: die Verkündigung des Evangeliums. Die Botschaft des Evangeliums ist Botschaft von der Herrschaft der Liebe, die in der Gestalt von Versöhnung, Vergebung, Wertschätzung und Parteinahme für die Schwachen und Armen durch Jesus Christus in die Welt kam.

Nach Einsicht christlicher Theologie können Macht und Herrschaft als Gestaltungsformen nur vom Dienen her begriffen werden. Nun verstanden sich nicht wenige Despoten unserer Geschichte als erste Diener Gottes. Doch christlich richtet sich – und das haben wir durch das blutige 20. Jahrhundert neu lernen müssen – das Verständnis davon, was Dienst ist, nicht an einem abstrakten Gottesbegriff, sondern an der Person Jesu Christi aus.

Und da sind zwei Elemente besonders wichtig: zum einen der Gewaltverzicht, der sich in der politischen Umsetzung als Gewaltenteilung und gegenseitige Kontrolle der politischen Instanzen zeigt. Für Luther war der Gewaltverzicht eines der Wesensmerkmale der Kirche.

Der andere Aspekt ist: Der gebotene Dienst an der Gesellschaft geschieht aus Freiheit! Luther hat die Freiheit des Glaubens als das Paradox beschrieben, gleichzeitig niemandem und doch jedermann untertan zu sein. Daraus ergibt sich ein Freiheitsverständnis, von dem eine direkte Linie zu Immanuel Kant führt: Christen dienen aus freier Selbstbestimmung, weil sie das Gebot Gottes für sich als heilsam und wegweisend gelten lassen. Den *Dienst an den Men-*

schen als Dienst am Gemeinwesen haben christlicher Glaube und Politik in modernen Gesellschaften gemeinsam – wenn auch aus unterschiedlicher Perspektive!

Die Politik tut dies vor dem Horizont der begrenzten Zeit, der knappen Ressourcen und der Konflikthaftigkeit unseres Daseins, die durch politische Institutionen gestaltet und organisiert werden müssen. Der christliche Glaube tut es vor dem Horizont der Ewigkeit, der Fülle des göttlichen Heils und der Versöhnung, die zu verkündigen in Wort und Tat sein Auftrag ist. Das meint weder einen Gegensatz noch eine Konkurrenz. Politik wie christliche Religion fragen: Wie wird eine gerechte, befriedete und beheimatende Gesellschaft möglich? Und beide, Politik und christliche Religion, treffen sich in der Frage nach dem, was uns befähigt, uns für Gerechtigkeit einzusetzen.

Während Politik nach dem *Machbaren* fragt – um Bismarcks Definition der Politik als „Kunst des Möglichen“ aufzunehmen –, fragt der christliche Glaube nach dem *Gebotenen*. Und dieses Gebotene begegnet uns nicht als ein System von Regeln und festen Sätzen. Das Gebotene erscheint vielmehr in einer Haltung den Menschen und der Welt gegenüber, weil uns Gottes Gebot in der Gestalt eines konkreten Menschen, seiner Worte und seiner Taten begegnete. Gott im gekreuzigten Jesus Christus zu sehen und darin das Ebenbild Gottes – das ist unmittelbar politisch, weil es unseren Blick auf die Elenden, Geschundenen und Vergessenen lenkt. Das hat mit *Parteipolitik* wenig zu tun, aber auch nicht mit einer reinen religiösen Innerlichkeit.

Es gibt immer wieder Fragen, wo wir als Kirchen um der von Gott geliebten Menschen willen Positionen für das Leben ergreifen müssen, die sich mit parteipolitischen Positionen zumindest teilweise decken. Das hat auch seinen Grund darin, dass zumindest die Parteiprogramme der gemäßigten Parteien am großen Menschenrechtskonsens unserer westlichen Zivilisation teilhaben, der seinerseits zumindest teilweise in der christlichen Tradition verankert ist. Aber das kann weder der Ausgangspunkt noch das Ziel des politischen Redens der Kirchen sein.

Wir reden nicht politisch, weil wir Durchsetzungsabsichten, sondern den Auftrag haben, eine tendenziell gottvergessene Welt und eine den Verlockungen der Macht erlegenen Kirche mit dem Willen Gottes zu konfrontieren. Damit werden wir, wenn wir es ernsthaft tun, mitten in der politischen Auseinandersetzung stehen und bleiben als Kirchen in Bewegung, denn dieser Anspruch richtet sich auch an uns selbst – was oft übersehen und überhört wird!

Wir maßen uns keine prinzipiell bessere Einsicht an und urteilen auch nicht von einer religiös überhöhten Warte aus. Da bin ich ausgesprochen reserviert! Aber wir bringen, was wir aus der biblischen Tradition als lebensdienlich erkannt haben, mit den konkreten politischen Konflikten und Entscheidungsnotwendigkeiten in Beziehung.

4. Barmherzigkeit und Gerechtigkeit als Prinzipien der Politik

Macht und Herrschaft lassen sich theologisch nur als Ermöglichungsstrukturen denken. Darum kann es eine unmittelbare Umsetzung von Gottes Gebot in religiöses oder gar staatliches Recht nicht geben. Genau hier liegt das fundamentalistische Missverständnis, das als Reaktion auf die Entwicklung der Moderne im Islam in beängstigender Weise um sich greift und politisch eine wirkliche Bedrohung darstellt!

Das göttliche Gebot begegnet uns vielmehr als Aufforderung zum selbstverständlichen Tun des Guten in der konkreten Situation. Es ist gewissermaßen selbstevident! Darauf beziehen sich die traditionellen „sieben Werke der Barmherzigkeit“, die elementare Taten der Zuwendung, der Unterstützung und der Lebensermöglichung beschreiben. Sie sind Grundlage jeder funktionierenden Polis – und in diesem Sinn sind sie politisch: Hungrige speisen, Durstige tränken, Fremde beherbergen, Nackte kleiden, Kranke pflegen, Gefangene besuchen, Tote bestatten.

Neben der Barmherzigkeit ist die Gerechtigkeit das zweite Prinzip christlicher Ethik – doch stets mit einer klaren Vorordnung der Barmherzigkeit. Denn Ge-

rechtigkeit ohne Barmherzigkeit ist erbarmungslos. Beide stehen in einer Spannung zueinander, die sich nicht in kodifizierbares Recht oder in politische Programme umsetzen lässt, die aber zum kritischen Prüfstein der Humanität von Recht und Politik dienen kann.

Die römisch-katholische Kirche erlebt die politische Frage nach Barmherzigkeit und Gerechtigkeit derzeit in der Person eines Papstes, der aus der Erfahrung von Armut, Militärdiktatur und eklatanten Menschenrechtsverletzungen heraus ungewohnt politik- und kirchenkritisch agiert. Politik und Kirche müssen es sich Franziskus zufolge gefallen lassen, daran gemessen zu werden, was sie für die Schwachen, Benachteiligten und Entrechteten tun. Der christliche Glaube hat hier tatsächlich eine eminent kritische Funktion.

5. „Christliche Politik“?

Es geht nicht um die Sakralisierung der Politik oder um eine Politisierung des Sakralen! Beides ist durch die Reformation aufgehoben worden. Es geht vielmehr darum, die zur Erlösung berufene Schöpfung als den Bereich menschlicher Zuständigkeit zu begreifen.

Politik kann den daraus resultierenden Auftrag verfehlen oder ihn umsetzen. Sie muss es sich gefallen lassen, daran gemessen zu werden. „Was ihr einem der geringsten meiner Brüder und Schwestern getan habt, das habt ihr mir getan“, lautet Jesu Zusammenfassung in genau jener biblischen Erzählung vom Weltgericht, in der die Werke der Barmherzigkeit als selbstverständlich und quasi vorreligiöse Tat des Guten beschrieben werden.

„Vorreligiös“ meint, dass diese Taten nicht aus einer spezifisch religiösen Motivation heraus geschehen, wie ja auch der „Barmherzige Samariter“ als Beispiel solchen Handelns aus elementarer Humanität handelt. Die Notlage ist an sich evident! Religiös werden diese Handlungen erst, wenn die eigene Motivation in Beziehung zum eigenen Glauben gesetzt und die Tat selbst als Gottesbegegnung verstanden wird. Der Glaube, sagt Luther, *lockt* zum Guten.

Das ist eine nüchterne Sicht der Dinge, die gesamtgesellschaftlich wieder mehr Gewicht gewinnen sollte! In diesem pragmatischen Verständnis von Politik als Gestaltung des Machbaren und Kirche als organisiertem, gesellschaftlich verantwortlichem Christentum kommen in einem demokratischen Gemeinwesen Kirche und Politik zusammen.

Und sie tun gut daran, in gegenseitigem Respekt – eingeehgt in das historische Erbe, das ich eingangs mit den vier Thesen angedeutet habe – aufeinander zu hören und gemeinsam daran zu arbeiten, Menschenwürde und Gerechtigkeit durchzusetzen und zu wahren.

Wenn Politik nicht einfach nur die professionelle Verwaltung von Macht meint, sondern vor allem ein bürgerschaftliches Engagement aller am gesellschaftlichen Prozess Beteiligten, ergibt sich konsequent, dass Kirchen in einem modernen demokratischen Gemeinwesen gar nicht unpolitisch sein dürfen. Es ergibt sich umgekehrt aber auch, dass sie weder Allgemeingültigkeit noch gar autoritäre Machtansprüche behaupten dürfen. Es geht darum, die religiöse Perspektive wachzuhalten und aus ihr heraus tätig zu werden. Das wird je nach Situation unterschiedlich laut, nachdrücklich und eindeutig geschehen.

Noch einmal: Auch ein Schweigen der Kirche ist politisch! Das ist der Ertrag, den wir in Deutschland aus jener Zeit mitnehmen, in der das Bekenntnis zu Christus und seiner Kirche als Widerspruch gegen totalitäre Systeme verstanden wurde. Diese Erfahrung hat dazu geführt, dass die Evangelische Kirche in Deutschland über Denkschriften, Verlautbarungen und Synodalbeschlüsse zu gesellschaftspolitischen Fragen Stellung bezieht. Wir sind politisch aktiv jenseits der Alternativen von Rechts und Links oder des sonstigen Farbenspektrums.

Ein rein individualistisches Verständnis von Religion ist daher mit der christlichen Tradition ebenso wenig zu vereinbaren wie Gelüste nach einem „Gottesstaat“, resigniertes Schweigen ebenso wenig wie auftrumpfende Besserwisseri. Gesellschaftlicher Konsens braucht den gegenseitigen offenen Austausch,

Wertschätzung ist eine Grundlage aller menschlichen Kultur, Barmherzigkeit und Gerechtigkeit bilden den Kern des Rechts.

Ich spitze es abschließend in Aufnahme von Luthers Schrift „An den christlichen Adel deutscher Nation“ zu: Ein „christlicher Staat“ ist unter den Bedingungen der Moderne ein Unding! Der Staat ist als solcher säkular und erfüllt gerade darin seinen göttlichen Ordnungsauftrag. Ein christlicher Politiker, eine christliche Politikerin hingegen sind sehr wünschenswert. So kommen in einem demokratischen, an allgemeiner Wohlfahrt interessierten Gemeinwesen Kirchen und Politik zusammen: getrennt – und doch aufeinander bezogen.

medio-Internetservice

© Dieses Dokument ist urheberrechtlich geschützt und elektronisch im Internet abrufbar unter <http://www.ekkw.de>. Bei Fragen zu diesem Dokument wenden Sie sich bitte an die medio-Onlineredaktion im Medienhaus der Evangelischen Kirche von Kurhessen-Waldeck, Heinrich-Wimmer-Str. 4, 34131 Kassel, Tel.:(0561) 9307-124, Fax (0561) 9307-188, E-Mail: internetredaktion@medio.tv